



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm, Katrin Ebner-Steiner, Uli Henkel, Gerd Mannes** und **Fraktion (AfD)**

Klarheit beim G7-Gipfel!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass der Freistaat und Schloss Elmau durch den G7-Gipfel gleich zweimal innerhalb von sieben Jahren eine außerordentliche Belastung erfahren. Der Landtag stellt fest, dass dem Freistaat eine vollständige Kostenübernahme aller in Zusammenhang mit dem G7-Gipfel entstandenen Kosten durch den Bund in Aussicht gestellt wurde. Es ist auch eine Woche vor Austragung des G7-Gipfels nicht allgemein bekannt, in welcher Höhe der Bund die Kosten des Gipfels erstattet.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, den Landtag umgehend über die Verwaltungsvereinbarung zwischen dem Freistaat und dem Bund zur Erstattung der Kosten für den G7-Gipfel zu unterrichten. Dabei soll auch offengelegt werden, wie lange es bis zum Zustandekommen der Vereinbarung dauerte, was die Forderungen der Staatsregierung gegenüber dem Bund waren und in welcher Höhe der Bund die Kosten des G7-Gipfels erstattet.

Zudem wird die Staatsregierung aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass künftige G7-Gipfel in Bayern auf dedizierten Gebieten, beispielsweise Militärarealen, ausgetragen werden. Das Ziel muss eine Minimierung der Belastung der umliegenden Gemeinden sein.

Der Landtag stellt außerdem fest, dass Grenzkontrollen in Bayern problemlos möglich sind, wenn der politische Wille vorhanden ist.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, künftig Grenzkontrollen durchzuführen, um illegale Einreisen zu unterbinden.

Begründung:

Die Bundesregierung gab am 14. Dezember 2021 bekannt, dass der von Deutschland auszurichtende G7-Gipfel vom 26. bis zum 28. Juni 2022 auf Schloss Elmau in Bayern stattfinden wird. In ihrer offiziellen Mitteilung führt die Bundesregierung aus, dass Schloss Elmau „alle logistischen und sicherheitstechnischen Anforderungen an einen G7-Gipfelort (erfüllt). Bereits der letzte G7-Gipfel unter deutscher Präsidentschaft fand im Juni 2015 dort statt. Mit seiner landschaftlich reizvollen Kulisse bot Schloss Elmau schon damals einen attraktiven Rahmen für die Gespräche und Begegnungen der Staats- und Regierungschefs, hat weltweit einen bleibenden Eindruck hinterlassen und gewährleistete einen reibungslosen Ablauf.“¹

Seit der Wiedervereinigung wurden, einschließlich des Jahres 2022, drei von fünf G7-Gipfel in Bayern ausgerichtet. Bei den G7-Gipfeln unter deutscher Präsidentschaft wird Bayern nun zweimal in Folge zum Ausrichtungsort des G7-Gipfels gemacht; zweimal in

¹ <https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/g7-in-schloss-elmau-1991394>

Folge wird Schloss Elmau als Gipfelort verwendet. Dass Bayern immer wieder als Treffpunkt für die Gruppe der Sieben gewählt wird, ehrt den Freistaat. Und tatsächlich sind in Bayern katastrophale und chaotische Zustände – wie im links geführten Hamburg beim G20-Gipfel im Jahr 2017 – nicht zu erwarten. Das versteht auch die linke Bundesregierung. Allerdings dürfen den Bayern dadurch nicht wiederholt zusätzliche Kosten entstehen. Leider ist beim G7-Gipfel 2022 der bayerischen Öffentlichkeit nicht bekannt, in welcher Höhe der Bund sich an den Kosten beteiligt. Bekannt ist nur, dass die zunächst Ende 2021 und Anfang 2022 angekündigten Ausgaben von 166,1 Mio. Euro bereits überholt sind. Im Zuge der Haushaltsberatungen wurde klar, dass sich die Ausgaben für den Gipfel auf fast 190 Mio. Euro erhöhen. Davon sind fast 180 Mio. Euro allein im Ressort des Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration veranschlagt.

Die Ausrichtung des G7-Gipfels ist außerhalb Bayerns schwer realisierbar. Dazu ist die Zeitspanne zwischen Ankündigung und Ausrichtung des Gipfels zu kurz. Wenn die Bürger des Freistaates dieser vom Bund auferlegten Verpflichtung nachkommen, dann müssen diese im Gegenzug umfassend vom Bund entlastet werden. Die vom Gipfelgeschehen betroffenen Kommunen und Bürger werden nämlich nicht nur finanziell belastet, sondern aufgrund dieser dreitägigen Veranstaltung auch in ihrem Alltag eingeschränkt. Dies wird auch durch die strikten Grenzkontrollen, die momentan zu Stau und weiteren Verzögerungen führen, klar. Dass diese Grenzkontrollen nun plötzlich möglich sind, aber ansonsten zur Unterbindung von illegalen Einreisen nicht, erschließt sich dem Bürger nicht.

Sollten in Zukunft weitere G7-Gipfel oder ähnliche Veranstaltungen in Bayern ausgetragen werden, muss ein dafür ausgewiesenes Areal verwendet werden. So kann die Organisation vereinfacht und die Belastung der Gemeinden verringert werden.